



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Pettzeile 1,- Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Kerger im DBB.

Der Schiedsspruch zum Reichshilfsarbeiterarif hat die Unternehmer mächtig veräppelt. Sie haben ihrem Kerger in Nr. 21 der „Zeitschrift“ Luft gemacht und ziehen scharf gegen die drei unparteiischen Herren vom Zentralschlichtungssamt zu Felde, weil die ihnen nicht zu willigen gewesen sind.

Die Begründung des Schiedspruches es den Unternehmern angehen, man merkt, wie sie förmlich nach Luft schnappen. Sie können die ihrer Meinung nach „eigenartige Begründung“ nicht begreifen - sie begreifen übrigens vieles nicht - und stellen in ihrer Kritik des Schiedspruches und seiner Begründung Behauptungen auf, die sie schwerlich beweisen können.

„Die Begründung des Schiedspruches rafft sich lediglich zu dem Eingeständnis auf, daß die Löhne der Hilfsarbeiter im Buchdruckergewerbe im Vergleich zu den Löhnen der ungelerten Arbeiter anderer Gewerbe hoch sind.“

„Man unseren Vertretern ist nicht bestritten worden, daß die Löhne der Hilfsarbeiter in den Buch- und Zeitungsdruckereien höher sind als in anderen Gewerken und die Begründung des Schiedspruches findet dafür eine sehr plausible Erklärung, die die Unternehmer gar zu gern abschwächen wollen.“

Die Herren vom DBB, belibien aber die Dinge umzudrehen und schreiben frech und fröhlich in ihrem Organ:

„Man muß sich besonders wundern, woher die unparteiischen Vorsitzenden, denen es sichtlich schwer fiel, sich überhaupt in den Gedanken und Inhalt des Hilfsarbeiterarifs hineinzufinden, die Berechtigung hergeleitet haben, ein Werturteil über die Hilfsarbeiter selbst abzugeben.“

„Diese Zenfur von den Herren im DBB, ist so ziemlich das stärkste Stück, das sie sich bisher geleistet haben. Uns fällt es gar nicht im Traume ein, ihnen diese kräftigen Ausdrücke übel zu nehmen.“

„ungetrüb“, haben wir natürlich nie von einer einseitigen Parteinahme gesprochen. Wir sind aber, um dem Uebelstande, daß ein gelehrter Herr dem anderen mangelnde Sachkenntnis zum Vorwurf macht, abzu- helfen, gern bereit, sie einmal in die geübte und un- geübte Tätigkeit eines Hilfsarbeiters einzuführen.

„Zum Schluß teilt noch die „Zeitschrift“ in der von uns angezogenen Kritik des Schiedspruches mit, daß die Vertreter des DBB die Entscheidung des Zentral- schlichtungssamts einstimmig abgelehnt haben.“

Vom Zeitungsdruckpapier.

Genosse G. Stähler gibt im „Proletarier“ einige interessante Daten über die Weltproduktion von Zeitungsdruckpapier, die den Fachzeitschriften ent- nommen sind. Nach seinen Darlegungen bringt das „Wochenblatt für Papierfabrikation“ eine Zusammen- stellung der Weltproduktion von Zeitungsdruckpapier aus der Fachzeitschrift „Worlds Paper Trade Review“ für die Jahre 1913 und 1926, die allerdings zum Teil auf Schätzungen beruht, trotzdem der Wirklichkeit aber ziemlich nahe kommen dürfte, da diese Frage zweifel- los auf den wiederholten Zusammenkünften der inter- nationalen Zeitungsdruckpapierfabrikanten eine wich- tige Rolle gespielt hat.

Danach gestaltete sich die internationale Zeitungs- druckpapierproduktion in den Jahren 1913 und 1926 folgendermaßen:

Table with columns: Produktionsstaat, 1913 Tonnen, 1926 Tonnen, Summe + oder - in Prozent. Includes data for Vereinigte Staaten, England, Deutschland, Kanada, Norwegen, Schweden, Finnland, Neufundland, Frankreich, Weltproduktion.

„Wichtig in Frankreich ist die Produktion im Jahre 1926 gegenüber dem Jahre 1913 wesentlich zurückgegangen. Diese Erscheinung dürfte mit den französischen Verhältnissen und mit den Reparationslieferungen an Zeitungsdruckpapier durch Deutschland zusammenhängen.“

„Diese durch Rationalisierungsmaßnahmen herbei- geführte Produktionssteigerung hat natürlich zu einem scharfen Wettbewerb auf dem Weltmarkt geführt und die einzelnen am Wettbewerbe beteiligten Staaten mit Industrien zu verschiedenen Schutzmaßnahmen ver-“

„anlaßt. Hohe Zollmauern und Einfuhrverbote sollen die nationalen Papierfabriken vor der ausländischen Konkurrenz schützen. Zum Teil ist zu diesem Zweck, wie in der Tschechoslowakei, die Einfuhr ausländischer Papierorten an Einfuhrbewilligungen gebunden.“

„In Frankreich haben die Papierfabrikanten bei ihrer Regierung beständigen Einspruch erhoben gegen die Druckpapierlieferungen Deutschlands auf Reparations- konto. Für das Jahr 1927 sind vertragsmäßig 54 000 Tonnen maschinenglatte Zeitungsdruckpapier auf Reparationskonto nach Frankreich zu liefern.“

„Die Regierung Kanadas hat beschlossen, bis auf weiteres keine Konzession auf das Schlagen von Holz in den Staatswäldern an neu zu schlagende Papier- fabrik- und Papierstoffabrik-Unternehmungen zu geben.“

„In Deutschland versuchen Unternehmer und Reichs- regierung gemeinsam die Konkurrenzfähigkeit der deut- schen Papiererzeugungsindustrie auf Kosten niedriger Löhne und übermäßig langer Arbeitszeit zu erhalten.“

„So treibt die Rationalisierung die Arbeiterklasse aller Industrieländer - nicht nur Deutschlands - in immer tieferes Elend hinein.“

„Und trotzdem stehen nicht nur in Deutschland große Arbeitermassen diesem Elend nicht nur gleich- gültig, sogar gewerkschaftsfeindlich gegenüber und wollen nicht erkennen, daß die Befreiung der Arbeiter- schaft aus der Industrieerstarre und deren Folgen das Wert der Arbeiterklasse selbst sein muß.“

Gautag des Gaus 2.

Am 13. März d. J., vormittags 10 Uhr, wurde im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. der Gautag des Gaus 2 mit folgender Tagesordnung eröffnet:

- 1. Stand der Tariffbewegung. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Situationsbericht der Zahlstellen. 4. Anträge. 5. Verschiedenes.

„Gauleiter Kollege K a l b gab Bericht über den Gang der Tarifverhandlungen. Er besprach die beider- seitigen Anträge und ging dann näher auf die Ver- handlungen ein. Die Anträge der Unternehmer, welche auf Loslösen vom Buchdruckerarif und Herablegung der Löhne des Hilfsperonals hinausliefen, erfuhren ihre Würdigung. Er schilderte die hohnsprichenden Begründungen der Prinzipale und die daraus sich er- gebende Ermüdung der Verhandlungen, die schließ- lich auf Zusammentritt des Zentralschlichtungssamtes hinausliefen.“

„Nun gab der Gauleiter den Geschäftsbericht, worin er auf die tariffiche Lage und die sich daraus ergebenden Abwehr- und Kampfmaßnahmen seit dem letzten Gautag näher einging. Er besprach dann die Wirt- schaftskrise, unter welcher der Gau besonders stark zu leiden hatte. Kurzarbeit, Entlassungen, Betriebsstil- legungen usw. hatten ihre Einwirkung auf die Mit- gliederbewegung. Das Jahr 1926 schloß mit rund 1800 Mitgliedern. Nachdem der Kassenbericht gegeben war, betonte er die gute Zusammenarbeit im Gau; im Zu- sammenhang zur Organisation liegt unsere Stärke.“

Er schloß mit den Worten: „Auf zu neuem Wirten. — Auf zu neuem Sieg!“

Die einzelnen Zahlstellen gaben Situationsberichte mit befriedigendem Resultat. Ueber die Unterstützungsfrage wurden Vergleiche mit verwandten Verbänden gezogen, eine demgemäße Durchsicht wäre erwünscht, zumal aus Mitgliederverteiler viel Material daraus gezogen würde. Der Versammlungsbefuch war durchschnittlich mit 65 Proz. gewertet. Sehr verurteilt wurde das Sichernhalten der Mitglieder von der Gemeinschaftsarbeit und die dadurch unterbundene Heranbildung von guten Funktionären.

Nach eingehender Diskussion, welche die Angelegenheit nach allen Seiten hin beleuchtete, wurde von der Einführung einer Sterbefasse im Gau 2 Abstand genommen. — Außerdem fanden verschiedene Anträge, die den Gau betrafen, durch die Zusammenarbeit aller ihre Erledigung. Festgelegt wurde, den nächsten Gau-tag in Darmstadt abzuhalten. Im Punkt Verschiedenes wurden noch einige Angelegenheiten zur Genugung der Teilnehmer bearbeitet.

In markanten Worten sprach der Gauleiter Kollege Kalf das Schlußwort, wobei er besonders hervorhob, daß viel Arbeit geleistet worden sei und noch viel mehr zu leisten ist. Vom Geiste der Frankfurter Jubelfeier befeuert fand der Gau-tag gegen Abend einen würdigen Abschluß. Hüttig, Frankfurt a. M.

## Die Knochenmühle als pädagogische Anstalt.

Als Knochenmühle bezeichnen unsere Kollegen solche Betriebe, in denen „Knochen“arbeit gegen schlechten Lohn geleistet werden muß. „Die Arbeiter-schaft steht solchen Betrieben und dem Prozeß im Werte fremd, ja feindlich gegenüber.“ So, oder so ähnlich kennzeichnete einmal Generaldirektor Böglie die Situation. Der gerade und einfache Weg, Unternehmer und Arbeiter, oder besser, Werkleitung und Belegschaft zusammenzubringen, würde darin bestehen, dem Feindschafts- und Fremdschaftsgefühl der Arbeiter zum Betrieb die materielle Grundlage zu entziehen, das heißt den Arbeiter durch hohe Löhne am Produktionsertrag seiner Leistungen gemäß zu beteiligen, und ihm die Arbeit so leicht als möglich zu machen. Damit würde die Vorkerrschaft der Industrie und der Industriellen aber einen schweren Stoß bekommen. Die Dinge laufen zu lassen, geht jedoch auch nicht an. Die Nationalisierung der Wirtschaft — geboten durch die Zeit- und Konkurrenzverhältnisse — erfordert eine Arbeiterschaft, die mit Lust und Liebe am Werke ist.

Die industrielle Herrentaste eines Volkes von Dichtern und Denkern hat genügend Idealisten und Professoren zur Seite, um schnell einen Ausweg zu erfinden. Daneben hat man Vertrauen zu dem „gesunden Idealismus“ der Arbeitermasse. Unter der stolzen Firma „Deutsches Institut für technische Arbeiterschulung“ (Dinta) ist dieser Ausweg zum Zwecke der Erziehung zur Wirtschaftsfriedlichkeit seit einhalb Jahren Gestalt geworden. Oberingenieur Arnold, der Leiter des Dinta, hielt im März in einer Versammlung des Berliner Bezirksvereins Deutscher Ingenieure einen Vortrag „Der Betriebsingenieur als Menschenführer“. Alle Einrichtungen, die Arnold schafft: Stützlings- und Kinderheime, Bekehrungswerkstätten und Werkstätten, Werkhausfrühschulen, Wertzungen und Invaliden- und Alterswerkstätten sind an sich Einrichtungen, die zum Teil seit Jahrzehnten in der deutschen Industrie heimisch sind. Im einzelnen schafft Arnold also nichts Neues. Er faßt es aber in ein System zusammen und erfüllt es mit seinem Geist, der, von genauer Erkenntnis der psychologischen Struktur der Arbeiterschaft ausgehend, systematisch und mit pädagogischen Methoden an die Arbeiterschaft heranzukommen versucht. Gelbe

Wertvereine lehnt er ab. Dieses Mittel ist ihm zu plump. Er gibt sich überall vollkommen unpolitisch, weil ihm die Politik von anderer Seite, z. B. von seinem Freund Professor Duntmann oder von den großen Unternehmerverbänden besorgt wird.

Arnold gleicht äußerlich jenem Typ des ehemaligen gebildeten Generalfährlers, von bescheidenem aber militärisch-fähigerem Auftreten. Die propagandistische Methode Arnolds kennzeichnet sich durch ein betont bescheidenes Auftreten. Dabei trägt er feine Ideen mit starker Eindringlichkeit vor, die um so nachhaltiger wirkt, weil sie ganz einfach und simpel erscheinen. Nebenbei versteht er es ausgezeichnet, bei seinen Kollegen, den Ingenieuren, mit der Wurst nach der Speckseite zu werfen. „Ihr Ingenieure waret bisher viel zu bescheiden. Ihr habt eure Maschinen konstruiert, habt organisatorisch in den Betrieben gearbeitet wie die Pferde und habt euch nie darauf gebermt, daß ihr euch mit leichter Mühe auch zum Führer eurer Arbeiterschaft aufwerfen könntet.“ Er kommt damit den inneren Wünschen des Ingenieurs, der täglich die Schwierigkeiten im Umgang mit den Arbeitern empfindet, sehr entgegen. Man spürte es, wie die Berliner VDA-Ingenieure in jener Versammlung sich durch Arnold geradezu emporgehoben und in ihrem Selbstbewußtsein gestärkt fühlten. Im übrigen kennzeichnete sich der Geist der Versammlung besonders dadurch, daß ein Diskussionsredner begeisterte Zustimmung fand, als er erklärte, Arnolds Erziehungsmethode hätte in der Hauptsache den einen großen Wert, „die Leute“ so mit Beschlag zu belegen, daß sie für die Politik keine Zeit mehr übrig hätten.

Ebenso wie bei den Ingenieuren, wirbt Arnold natürlich auch in Betrieben bei den Arbeitern. Arnold und seine von ihm selbst ausgebildeten Erziehungsingenieure verstehen es, ein Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen sich und den Betriebsangehörigen herbeizuführen. Diese Kameradschaftlichkeit wird aber stets diejenige sein, wie sie zwischen Mann und Offizier bestand. Sie soll ungefähr ein Verbundenheitsgefühl in dem heutigen Arbeiter gegenüber seinem Betrieb und den Leitern des Betriebes erwecken, wie es der berühmte, wohl hauptsächlich in der schönen Literatur vorkommende Typ des alten, treuen, durch Jahrzehnte hindurch einem Hause zugehörnde Diener empfunden haben mag. Diese Dienerverbundenheit soll als Gefühlsphäre in der Arbeiterschaft verbreitet und damit das alte patriarchalische Verhältnis zwischen Herr und Knecht im modernen Arbeitsleben wieder hergestellt werden.

Nach dem Berliner Vortrag Arnolds hat man den Eindruck, als ob er jetzt, nachdem er mit der rheinisch-westfälischen Industrie in ein sicheres Verhältnis gekommen ist und auch im mitteldeutschen Kohlengebiet bereits Fuß gefaßt hat, seine Arbeit auch auf Berlin und andere Gegenden auszubringen gedenkt. Er hat in Düsseldorf im letzten Jahre bereits vierzig Ingenieure fertig ausgebildet, die ihm heute als Helfer zur Seite stehen und die in den großen Betrieben, im engsten Kontakt mit ihm selbst und seinem Institut, nach seinen Richtlinien und Entwürfen zu arbeiten und zu „erziehen“ begonnen haben. Eine gleiche Anzahl von Ingenieuren befindet sich bereits wieder in der Ausbildung. Außerdem stehen ihm in seinen psychotechnischen Laboratorien, in den Bekehrungswerkstätten und Werkstätten eine große Reihe von weiteren Hilfspersonen zur Verfügung, so daß man nicht sehzt, wenn man den Mitarbeiterstab des Dinta auf weit mehr als hundert Personen schätzt. Diese Zahl wird Jahr für Jahr sich ganz beträchtlich erhöhen und in einigen Jahren werden hunderte von technisch und wirtschaftlich erstklassig ausgebildeten,

psychologisch und pädagogisch befähigten und geschulten Kräften am Werke sein, um die Arbeiter für die Idee der Betriebsgemeinschaft mit den raffiniertesten Mitteln einzufangen.

Es ist also durchaus an der Zeit, daß man in der Gewerkschaftsbewegung beginnt, sich auf eine ebenso planmäßige Abwehr der Bestrebungen zu befinden. Wenn auch die eigentlichen Dintaleute dauernd erklären, daß sie keinerlei anti-gewerkschaftliche Bestrebungen verfolgen, so braucht man nur die Politik der Unternehmerorganisationen ins Auge zu fassen, um vom Gegenteil überzeugt zu sein. Man sucht einen Geist der Betriebsgemeinschaft in die Arbeiterschaft hineinzutragen, der mit Genossenschaft gar nichts zu tun hat, mit dessen Willen man aber den Willen zum überbetrieblichen, beruflichen oder industriellen gewerkschaftlichen Zusammenschluß untergraben und vernichten will. Zieht man zur weiteren Beurteilung noch die Verlautbarungen der Unternehmerpresse und eines Teiles der sozialpolitischen Fachliteratur heran, so rundet sich das Bild: Vervollständigung des Tarifgebaltens, Unterbückung des stärksten sozialen und politischen Rückgrades der Arbeitermasse, der Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaften werden sich auf ihre Kraft besinnen müssen und müssen inländische sein, eine erfolgreiche Gegenpropaganda zu betreiben, die geeignet ist, diese sauberen Pläne der Unternehmer zu durchkreuzen.

## Die hygienisch-ökonomische Bedeutung der deutschen Sozialversicherung.

### II. Invalidenversicherung.

In der Invalidenversicherung werden 16 bis 17 Millionen Arbeiter, gegen Invalidität und für den Todesfall versichert. Sie versorgt

	im laufenden Jahr	gegen 1918.
Invalide . . . . .	1 600 000	1 030 000
Witwen . . . . .	200 000	12 000
Weisen . . . . .	1 500 000	40 000
Insgesamt	3 100 000	1 082 000

Die Zahl der Rentenempfänger hat sich, insbesondere infolge der Aufnahme der Witwen und Weisen von Kriegsteilnehmern und infolge früheren Eintritts der Invalidität gegen 1913 fast verdreifacht. Die Invalidenrente beträgt jetzt mindestens 20 Mk., im Reichsdurchschnitt 25 Mk. und für Industriebeschäftigte 30 Mk. im Monat; der Industriebeschäftigte erhält jetzt im allgemeinen die Rente, die er ohne Krieg und Inflation haben würde; die neuen Rendantlagen geben keine Rente über den früheren Stand hinaus.

Die Mittel der Landesversicherungsanstalten werden durch Beiträge aufgebracht. Als Wochenbeiträge werden nach der jüngsten Erhöhung vom 28. November 1925 erhoben in der

Wohnstätte 1 (bis zu 6 Mt. Wochenlohn)	25 Pf.
„ 2 (von 6—12 Mt. Wochenlohn)	50 Pf.
„ 3 (von 12—18 Mt. Wochenlohn)	70 Pf.
„ 4 (von 18—24 Mt. Wochenlohn)	100 Pf.
„ 5 (von 24—30 Mt. Wochenlohn)	120 Pf.
„ 6 (von mehr als 30 Mt. Wochenlohn)	140 Pf.

Im Jahre 1924 hatte die Invalidenversicherung die Einnahme von 360 Millionen Mark, im Jahre 1913 von 290 Millionen Mark. Die ersten neun Monate 1925 brachten die Beitragseinnahmen von 376,2 Millionen Mark; die Gesamteinnahmen für 1925 werden in Höhe von 525 Millionen Mark angenommen. Der Reichszuschuß betrug im Kalenderjahre 1924 rund 600 Millionen Mark, er wird im laufenden Jahre auf 150 bis 155 Millionen Mark steigen. Bei den Invalidenrenten ist der Beharrungsstand noch nicht erreicht. Die Zahl der neuen Invalidenrenten übersteigt die der weggefallenen zurzeit noch um 140 000 bis 150 000 im Jahre.

## Die bergweisse Armut in China.

Unter diesem Titel läßt der bekannte sozialdemokratische Schriftsteller D. H. Brantford im englischen „New Leader“ nachfolgenden Artikel erscheinen, den wir mit geringen Änderungen abdrucken. Seine Darstellung stützt sich auf ein von Dora H. Malone auf Grund persönlicher Erfahrungen gedrucktes Buch über Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften in China. Es geht daraus hervor, daß die Lebensverhältnisse der Arbeiterbevölkerung auch in jenen Teilen Chinas, welche nicht von Fremden beherrscht sind, verwerflich sind. Insofern tragen die fremden Mächte, die u. a. den Ausbau von Verkehrswegen verhindern, zu einem guten Teil Schuld daran. Eine Schmach für den europäischen Kapitalismus aber ist es, daß die Arbeiterbewegung in den europäischen Industrieländern noch schlechter als in unter rein asiatischer Herrschaft.

Eine Lastade gibt es, die für den Europäer viel schwerer vorzustellen ist, als die chinesischen Anspannungen über Moral oder Kunst: Das ist die einfache Lastade der chinesischen Armut. Man kann sie in Zahlen ausdrücken, aber wenn wir diese Zahlen wirklich begreifen, so müssen sie uns das Herz zerschneiden und versengen, wie ein brennendes Eisen. Wer sie begreift, für den erhält das ganze Alltagsleben des Fernen Ostens eine tiefe menschliche Bedeutung. Dieses Volk steht auf einer so hohen Kulturstufe, daß es schwer fällt, von ihm im selben Atem mit den primitiven Völkern Afrikas zu sprechen. Und doch sind die Verkehrsmitel, die diese Märchenstädte mit ihrem unermesslichen Reichtum verbinden, keine anderen als die im afrikanischen Busch. Mit Ausnahme des Handels und hier und da auf den modernen Eisenbahnen werden sämtliche Produkte dieses Kontinents auf dem Rücken von Männern und Frauen transportiert. Die menschliche Arbeitskraft ist so billig, daß in den großen Städten, in denen

die Produkte für den Weltmarkt zusammenströmen, der „Riksha-Kuli“ dem wohlhabenden Reisenden noch immer Auto und Pferd ersetzt. So billig und reichlich vorhanden ist diese Arbeitskraft, daß von neun erwachsenen männlichen Einwohnern Befähigung zu einer sein Leben damit verbringt, diese Fahrzeuge im Trab durch die Straßen zu ziehen. Auf den ungeheuren Straßen im Innern des Landes müssen sich diese Trägertüme mit Riesenscharen auf Entfernungen von 800 Meilen bei einem Tageslohn von 25 Pfennigen.

Die Armut, die die Menschen dazu zwingt, ihr Leben in dieser Weise zuzubringen und die es der Gesellschaft ermöglicht, die körperlichen und geistigen Kräfte ihrer Arbeiter in dieser Weise zu verbrauchen, zieht viele andere Folgen nach sich, deren Bedeutung uns selbst auf eine so große Entfernung nicht entziehen kann. Es gibt viele verschiedene Grade von Armut in dieser Welt: die Armut, bei der nichts für Ruhe, Vergnügen und geistige Dinge übrigbleibt; die tiefere Armut bei schlechter Wohnung und schlechter Kleidung; und endlich die tiefste Armut, bei der mit schwerer Arbeit nicht einmal die notwendigen Lebensmittel verdient werden: Das ist die Lage in China.

### Zwölf Stunden Arbeit — trotzdem hungern.

Die Hauptsache läßt sich in einem Satz ausdrücken: Selbst in den modernen Fabriken der neuen Industrieländer verdient der chinesische Durchschnittsarbeiter, obwohl er zwölf Stunden arbeitet, kaum genug, um die notwendigen Lebensmittel für sich selbst zu beschaffen, und nicht annähernd genug, um eine Familie zu versorgen. In Schanghai sollen die Lebenshaltungskosten, bemessen nach den unergiebig niedrigen chinesischen Anprügen, für eine Familie von fünf Personen 42,50 Mk. pro Monat betragen. Die

Löhne für Kulis und Fabrikarbeiter sind aber nicht höher als 16 bis 24 Mk. im Monat. Aus diesen Zahlen läßt sich leicht alles übrige erraten. Da der Familienvater, selbst bei härtester Arbeit, nicht inskande ist, eine Durchschnittsfamilie zu ernähren, so muß ihm die Frau in die Fabrik folgen, auch wenn sie eben erst aus dem Wochenbett aufgestanden ist, und ihr Kind muß ihr ebenfalls an die Maschinen folgen, die für Kinder vom letzten Jahre an gebaut werden. Wenn man von der Ausbeutung der Kinderarbeit in Schanghai liest, so meint man leicht, daß es sich um eine vereinzelte Lastade handle. Aber diese Lastade ist tief im gesamten chinesischen Gesellschaftssystem verankert. Sie ist eine Frage der ungeheuren Armut dieses Volkes, die ihrerseits wohl belagert muß, daß während die Bevölkerung weit über die natürlichen Begebenheiten des Landes hinaus angepannt ist, die Organisation der Arbeit und die Anwendung von Maschinen noch so rückständig sind, daß das Ergebnis dieser ungeheuren Arbeitsleistung ein jämmerlich niedriges ist.

### Wie die Chinesen leben.

Der chinesische Bauer, der sein kleines Besitztum in mühseligstem Gartenbau mit der Hand bewirtschaftet, erzielt daraus etwa 120 bis 480 Mk. im Jahre. Eine eingehende amerikanische Untersuchung zeigt, daß dieser chinesische Bauer 55 Proz. seines geringen Einkommens für Lebensmittel ausgeben muß, während ein amerikanischer Farmer nur 37 Proz. dafür verbraucht. In einem Jahre verbraucht eine bessere verdienende chinesische Familie nur etwa 240 Mk. für Lebensmittel, während eine entsprechende amerikanische Familie 2200 Mk. ausgibt. Die Kulis und Fabrikarbeiter essen fast nur Reis und Bohnen und selbst von dieser billigen Nahrung können sie sich kaum genügend kaufen. Für Kleidung und Wohnung bleibt wenig übrig. Dagegen

Das Gesetz vom 28. Juni über Gesundheitsfürsorge in der Reichsversicherung versucht den Schwerpunkt der Invalidenversicherung auf das Gebiet vorwiegend der Fürsorge zu verlegen. Diese Aufgabe ist für die Zukunft wichtiger als die Gestaltung der Renten. Die Versicherungsanstalten sollen die Träger von Zweckverbänden zur Bekämpfung von Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Krebs, Alkoholismus usw. werden.

#### Angestelltenversicherung.

In der Angestelltenversicherung sind rund zwei Millionen Angestellte gegen Berufsunfähigkeit und für den Todesfall versichert. Sie umfaßt alle Angestellten, deren Jahresgehalt 6000 Mk. (1913 5000 Mk.) nicht übersteigt. Die Wartezeit für den Erwerb von Ruhegeld beträgt im allgemeinen zehn Jahre. Zurzeit werden im Monat rund 1600 Ruhegelder bewilligt. Das Jahr 1932 wird mit 90 000 Empfängern von Ruhegeld und mit insgesamt 180 000 Renteneempfängern rechnen müssen. Zum monatlichen Ruhegeld gehören: Der Grundbetrag von 40 Mk., für ein Kind unter 18 Jahren der Zuschuß von 7,50 Mk. und ein der Dauer und der Höhe der Versicherung entsprechender Steigerungsbetrag.

Da in den nächsten Jahren die Rentenziffer stark answillt, wurde für die Bemessung der Beiträge der Bedarf bis 1932 in Rechnung gestellt. Die Monatsbeiträge sind seit 1. September 1925 in der

Woh.-Kl. A (bis zu 50 Mk. Monatsgehalt)	2 Mk.
B (von 50 bis 100 Mk. Monatsgehalt)	4 Mk.
C (von 100 bis 200 Mk. Monatsgehalt)	8 Mk.
D (von 200 bis 300 Mk. Monatsgehalt)	12 Mk.
E (von 300 bis 400 Mk. Monatsgehalt)	16 Mk.
F (mehr als 400 Mk. Monatsgehalt)	20 Mk.

Nach dem Rechnungsbericht hatte die Reichsversicherungsanstalt im Jahre 1924 die Beitragseinnahme von 125,6 Millionen Mark, für 1925 wird mit einer Beitragseinnahme von rund 180 Millionen Mark gerechnet. Die Angestelltenversicherung hat schon bisher dem vorbeugenden Heilverfahren besondere Aufmerksamkeit zugewendet; im Jahre 1924 wurden von 40 000 Anträgen rund 24 000 bewilligt. Auch die Angestelltenversicherung wird sich an den neuen Aufgaben der sozialen Hygiene beteiligen.

#### Unfallversicherung.

Die Unfallversicherung entschädigt die Folgen von Betriebsunfällen bei Arbeitern und Angestellten in bestimmten gewerblichen und allen landwirtschaftlichen Betrieben; unter ihrem Schutze stehen auch Unternehmer, insbesondere fast alle wirtschaftlichen Unternehmer. Sie umfaßt 780 000 gewerbliche Betriebe mit 9,4 Millionen Versicherten und 4,5 Millionen landwirtschaftliche Betriebe mit 14 Millionen Versicherten, außerdem auch Betriebe des Reichs, der Länder, Gemeinden mit etwa 900 000 Versicherten.

Die Unfallkraft trägt der Unternehmer, die neuen Sachleistungen (wirksamere Unfallverhütung, verstärkter Betriebsschutz, Erweiterung der Krankengeldbehandlung, Berufsfürsorge) sind vom 1. Januar 1926 an durchzuführen; von ihnen wird eine Minderung des Rentenaufwandes erwartet. Die Lasten der Unfallversicherung (Renten, sonstige Entschädigungen, Verwaltungskosten, Tilgung der schwebenden Schuld, Rücklagen) betragen in Millionen Mark:

	1913	1924	1925
bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften einschließl. Zweiganstalten	169,9	104,9	132,8
bei den landwirtschaftl. Berufsgenossenschaften	43,2	33,6	46,4
bei den Ausführungsbehörden	14,9	11,9	12,4
Insgesamt	228,0	150,4	191,6

Vom Jahre 1926 an muß sich der verstärkte Unfallschutz, die verbesserte Heilbehandlung und die Berufsfürsorge lastenvermindernd bemerkbar machen. Die

Molone gibt die Beschreibung einer Hütte aus Bambus, Lehm und Stroh, wie deren Tausende rund um die modern gebauten Fabriken in Schanghai liegen. Auf einem Raum von 10 bis 14 Fuß wohnen sechs Personen. Dach und Wände haben Löcher, runderum häuft sich Gerümpel, und nach einem Regensturm waten die Inassen im Innern bis zu den Knien im Wasser. So ernährt und so behauptet erscheinen die chinesischen Arbeiter, die die Arbeit unserer Druckempfehle leisten, ihren europäischen Arbeitsgenossen nicht viel besser als Tiere, nicht würdiger als diese und von viel geringerem Marktwert. Die Arbeiter in den Fabriken geringerer Städte, mit denen sie die Kinder zur Arbeit antragen, sind ein großer Teil der Streiks, von denen in letzter Zeit in den Spinnereien bis zu neun in sechs Monaten Zeit in den Spinnereien als Protest gegen die Brutalität der Arbeit. Die übliche Arbeitszeit beträgt zwölf Stunden für Erwachsene wie für Kinder. In den Bergwerken soll es tatsächlich 24-Stunden-Schichten geben. Die Tageslöhne in den Kohlenbergwerken betragen 40—64 Pf. Es wird an diesen Tagen in der Woche gearbeitet. Die Maschinen sind ohne Schutzvorrichtungen und die Luft in vielen Fabriken, besonders in den Seidenwebereien, ist der Gesundheit sehr schädlich. In ausländischen wie in chinesischen Fabriken betragen die Löhne mit 16 Mk. im Monat für Angeleitete.

#### Die Entschaffung der Gewerkschaften.

Armut ist die wesentlichste soziale Last in China, eine so vergrößerte Armut, daß jeder Kampf dagegen nutzlos erscheinen könnte. Aber der Kampf hat trotzdem begonnen, und besonders im Süden strömen nicht nur die Fabrikarbeiter, sondern auch die Bauern in die industriellen Organisationen hinein. Man muß bewahren, ob diese Ge-

werkschaften ohne politische Veränderung größere Erfolge erzielen werden. Außer dort, wo die Schwärme der Nationalen unter die Kontrolle der Kuomintang, der Nationalen und fortschrittlichen Partei, gebracht hat, stehen die Gewerkschaften noch überall außerhalb der Gesehe. Die beiden Generale des Nordens, Tchangkaifoln, der Schübling Japans, und Wupetta, der von England unterstützt wird, behandeln Gewerkschaftsführer auf einfache soldatische Weise, d. h. sie lassen sie erschlagen. Was für das von ihnen beherrschte Gebiet gilt, gilt ebenso für die Bergwerksstädte. Die Gewerkschaften sind in der Fremdenüberlassung von Tientsin verboten, und ebenso war es in Hankau, bevor diese im Herbst von den Kantonesen eingenommen wurde. Auch in Schanghai werden Massenverhaftungen der Gewerkschaften nicht gebildet. Ihre Führer wurden für das Sammeln von Unterschriftengebetern für Arbeitslose bestraft.

#### Die Ansprüche auf Wochenhilfe.

Vom 1. Oktober v. J. ab sind die Bestimmungen in der Reichsversicherungsordnung über die Wochenhilfe neu geregelt. Danach haben weibliche Versicherte, die in den letzten zwei Jahren vor der Niederkunft mindestens zehn Monate versichert waren, von denen sechs Monate in das Jahr vor der Niederkunft fallen müssen, Anspruch auf diese Unterstützung. An Leistungen werden gewährt: Hebammenhilfe, Arznei und kleinere Heilmittel und, falls es erforderlich wird, auch ärztliche Behandlung. Die Kosten der Hebammenhilfe bezahlt die Krankenkasse direkt an die Hebamme. Diese ist nicht berechtigt, eine Zahlung von der Versicherten zu fordern. Die Wöchnerin selbst erhält einen besonderen Betrag von 10 Rmt. zu den sonstigen Kosten der Entbindung. Als Barunterstützung wird Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, mindestens täglich 0,50 Reichsmark, für die Dauer von vier Wochen vor und sechs Wochen nach der Entbindung gezahlt. Außerdem erhalten die Wöchnerinnen für zwölf Wochen ein Stillgeld von mindestens täglich 0,25 Rmt., vorausgesetzt, daß das Kind gestillt wird. Stellt der Arzt fest, daß die Versicherte innerhalb sechs Wochen entbindet, dann kann bereits vom Tage dieser Feststellung ab Wochengeld bezogen werden, wenn das Mitglied keine Lohnarbeit mehr verrichtet.

Nicht nur weibliche Mitglieder der Krankenkassen, auch die Ehefrauen von Versicherten erhalten unter gleicher Voraussetzung Familienwochenhilfe. An Leistungen zählt die Krankenkasse:

1. Hebammenhilfe (die Kosten bezahlt die Krankenkasse direkt an die Hebamme);
2. ärztliche Behandlung, wenn sie erforderlich wird, und Arznei und Heilmittel;
3. einen einmaligen Zuschuß von 10 Rmt. für Entbindungskosten an die Wöchnerin;
4. Wochengeld für 71 Tage je 0,50 Rmt.;
5. Stillgeld für 85 Tage je 0,25 Rmt., wenn das Kind gestillt wird.

Haben Töchter, Stief- und Pflegekinder bis zur Entbindung mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft gelebt, so erhalten auch sie diese Leistungen, wenn sie selbst auf Grund eigener Versicherung keine Ansprüche haben.

Zweckmäßig ist es, wenn alle Versicherten vor der Entbindung sich über ihre Ansprüche bei der Krankenkasse erkundigen und sich auch von den Säuglingsfürsorgestellen beraten lassen.

#### Aus den Zabststellen.

Gemann. In unserer Mitgliederversammlung am 8. März hielt der Vorsitzende vom Ortsauschuß des ADGB, Gewerkschaftskollege J. Stegnoth, einen recht instruktiven Vortrag über „Der Entwurf eines Arbeitsgesetzes“. Redner gab einleitend einen klaren Überblick über die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und über die immerwährende Fortschritt und Verbesserung der Technik. Er erklärte die wichtigsten Paragraphen aus dem Entwurf des Arbeitsgesetzes, die fast alle nur Verschlechterungen bringen. Deshalb forderten auch alle Gewerkschaften und alle gewerkschaftlichen Instanzen Ablehnung dieses Entwurfes. Es müsse unbedingt an der Beibehaltung des Achtstundentages festgehalten werden, und ebenso notwendig sei es, den Aachstundentag in der Praxis durchzuführen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Unternehmer gegen Verstöße und Überforderungen dieser Bestimmungen auch entsprechend bestraft würden. Redner trat auch dafür ein, daß nicht eine einzelne Person — damit meinte er die Schlichter — die Macht und das Recht habe, Schlichtsprüche für verbindlich zu erklären. Kollege Stegnoth

schloß seinen sehrreichen und instruktiven Vortrag mit einem Appell, in dem er besonders auf die Bedeutung und die Notwendigkeit einer starken und geschlossenen gewerkschaftlichen Organisation hinwies. Eine Aussprache fand nicht statt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß am Tage der Verammlung die Verhandlungskommission zusammengetreten ist zwecks Beratung über Manteltarif, Reichstaxi und Neuordnung der Löhne. Er wies darauf hin, daß sich diesmal die Verhandlungen ganz außerordentlich schwierig gestalten würden, deshalb müßten wir uns so einstellen, daß wir auf Ruf des Verbandsvorstandes jederzeit bereit wären, den Kampf aufzunehmen, um drohende Verschlechterungen abzuwehren zu können. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 8. März 1927 tagende Mitgliederversammlung des Graphischen Hilfsarbeiterverbandes, zahllose Chemnitz, protestiert mit aller Schärfe gegen die Verurteilung von Buchdruckern und Hilfspersonal in Leipzig und Jena. Es geht nicht an, das technische Personal für die Herausgabe von Schriften und Zeitungen verantwortlich zu machen. Die Verammlung fordert von den Reichsorganisations der Arbeiterparteien, sich dafür einzusetzen, daß diese Löhne rückgängig gemacht werden.“

Düsseldorf. Am Montag, dem 7. März, hielten wir eine kombinierte Versammlung (mit den Druckerkollegen zusammen) ab. Anlaß zu dieser gab ein Vortrag, der beide Teile, Drucker sowohl wie Hilfsarbeiter, interessierte. Das Thema lautete: „Unfallgefahren — Unfallzug“. Referent war Kollege H. Schröder, Anzeigenseller der Allgemeinen Ortskrankenkasse. In dreiviertelstündigen Vortrag verstand es der Redner, auf all die Gefahren, die bei der Ausübung des Berufes drohen, hinzuweisen und durch Bilder zu ergründen. Eine der größten Gefahren sei das Atorbstystem, sowie der Alkohol. Jeder Arbeiter muß sich zunächst überzeugen, daß sämtliche Schutzvorrichtungen an der Maschine angebracht sind. Weiter sei es bis heute nicht möglich, die Lieferanten von Maschinen ohne Schutzvorrichtung im Unglücksfälle haltbar zu machen. Die Arbeiterinnen müßten eng anschließende Kleider tragen, herunterhängendes Haar sei wohl durch den zur Mode gewordenen Bubikopf seltener geworden. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte er nochmals, daß jeder Arbeiter bedacht sein müsse, sein einziges Kapital, die geliebten Glieder, zu erhalten. Zur Ergänzung sprach dann noch Kollege Wöfel und wies besonders auf das Einlegen am Tegel von zwei Kolleginnen hin, weiter auf das Durchdrücken und Einlegen von einer Person, was beides nicht zulässig sei, sowie auf mehreres andere. Kollege Zimmer sprach ebenfalls ergänzend zu den Ausführungen. Zum zweiten Punkt, gefährliche Mitteilungen, teilte der Vorsitzende mit, daß unsere Verhandlungen über den Manteltarif und Lohnstarif am 8. März beginnen und machte darauf aufmerksam, was im Falle einer Nichteinigung eintreten könne. Auf die Zahlung des Entwurfsbeitrages wurde ganz besonders hingewiesen. Des weitern wurde betonte gegeben, daß bei der Firma Industrieverlag Differenzen bestanden wegen Bezahlung der Sonntagsarbeit sowie der Nachstunden zwischen 8 und 7 Uhr. Das Schicksal sei unangenehm und werde im Laufe der Woche jedenfalls zum Vorkommen. Bezüglich der zuletzt ergangenen Urteile von Leipzig, das Druckereipersonal für den Inhalt von Druckereizugriffen verantwortlich zu machen, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am Montag, dem 7. März, im Hofsaal stattfindende Versammlung der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Ortsgruppe Düsseldorf protestiert auf das Schärfste gegen das am 18. Februar gefällte Urteil des Reichsgerichts in Leipzig, wonach selbst die Seher und der Bote einer Druckerei wegen verrichteter Arbeit an einer Brotschüre wegen Hochverrats zu langer Festungshaft verurteilt worden sind. Dieser bisher wohl einzig dastehende Fall einer Rechtsprechung „im Namen des Volkes“ ist von einschneidender Bedeutung für unsere gewerkschaftlichen Interessen. Wir erörtern in diesem Urteil den Versuch, jede linksgerichtete Literatur und Meinungsäußerung drival zu unterdrücken. Wir klagen an den Reichsgerichtshof wegen Bruch der Weimarer Verfassung, wonach jedem Deutschen freie Willens- und Meinungsäußerung in Schrift und Wort gegeben ist. Wir Verammelten geloben, mit aller Kraft uns dafür einzusetzen, daß diese sogenannte Rechtsprechung beseitigt und die ergangenen Urteile rückgängig gemacht werden.“

Frankfurt a. M. Am 12. März beging die frankfurter Kollegenchaft die Feier des Währigen Bestehens ihrer Zabststelle. Der Saal der „Loge Frankfurt“ war festlich geschmückt. An zwei großen Festtafeln hatten die Jubilare und Vertreter der Zabststellen aus dem Gau, sowie erschienenen Ehrengäste ihren Platz. Ein besonders ehrender Platz, geschmückt mit frischem Lorbeer, ward dem Bilde unserer unvergesslichen Kollegin Paula Thiede inmitten der Bühne zuteil. Ueber ihr leuchtete, als elektrisches Transparent, das linke Symbol unseres Verbandes. Die Feier wurde mit dem Chor „Krönt den Tag“ durch den Gesangsverein Gutenberg eingeleitet. Hieran schlossen sich Vorträge ernsten und heiteren Inhalts darboten durch die Damen Fr. Bibby Freund-Stein, Fr. Rosa Hofer, Fr. Marie Schäfer und die Herren Alois Resni und Herbert Gempin. — Die Festrede hielt der Zabststellenvorsitzende Kollege Rab, die in die Worte ausklang: „Lobt uns das Gedächtnis obliegen: Treue wollen wir halten dem Verband!“

Hierauf überbrachte Betrauerordner Kollege Schmid-München im Namen des Hauptverbandes die aufrichtigsten Glückwünsche und tat das gleiche auch für die Zabststelle München. Im Anschluß hieran ehrte er die Jubilare, wobei er besonders der Kollegen Rab und Gempin gedachte, die die Geschickführung seit der Gründung ununterbrochen in den Händen haben. Kollege Werner-Suttgart überbrachte Glückwünsche seiner Zabststelle und überreichte als Ehrengabe eine Radierung der „Feste Vahnenstein“ — Für die bisigen Bruderorganisationen entlegte sich Kollege Nepeck in sehrdringlichen Worten seines Auftrages und übergab eine Schreibratener mit dem Motto: „Alles daraus die Tinte zu Schriftstücken, die dem Wohl und Aufstieg der Kollegenchaft dienen.“ Für den Ortsauschuß des ADGB überbrachte Kollege Wisbach die Gratulation. Am Namen der Zabststellen Mainz, Darmstadt, Hanau, Offenbach, Steinheim, Worms und Wiesbaden überbrachte Kollege Waller-Mainz die besten Glückwünsche und überreichte eine prachtvolle Standuhr mit dem Aufsatz: „Hieran sollt ihr sehen, was die Uhr geschlagen hat.“

